

nannte Naturrecht ist nur eines dieser Probleme, die „Zwei-Reiche-Lehre“ Luthers ist wirkungsgeschichtlich nicht weniger bedeutsam²⁸. Der Abbau der Spaltung ist zwar eine wesentliche Voraussetzung für eine glaubwürdige Funktion der Kirche in der heutigen Gesellschaft, noch höher steht jedoch der liebende Streit um die Wahrheit²⁹. Das ökumenische Gespräch in diesen Fragen hat noch kaum begonnen. So weit reicht die Grundwerte-Diskussion, von der ich nur eine Karte des Problemfeldes entwerfen wollte³⁰.

Karl Lehmann

¹ Zentralkomitee der deutschen Katholiken: Berichte und Dokumente Nr. 28, 35.43. ² D. A. Seeber, Was sind Grundwerte?, in: HK 30 (1976) 381–384, Zitat 383; F. Böckle, Was sind Grundwerte?, in: KNA-Katholische Korrespondenz, Nr. 35, vom 31. 8. 1976, S. 2–3. ³ Vgl. dazu A. Hollerbach, Neutralität, Pluralismus und Toleranz in der heutigen Verfassung, in: J. Sauer (Hrsg.), Zum Verhältnis von Staat und Kirche = Veröffentlichungen der Katholischen Akademie der Erzdiözese Freiburg (Karlsruhe 1976) 9–24, bes. 9f. ⁴ Belege bei H. Goerlich, Wertordnung und Grundgesetz. Kritik einer Argumentationsfigur des Bundesverfassungsgerichts = Studien und Materialien zur Verfassungsgerichtsbarkeit 1 (Baden-Baden 1973) 39, 47, 69, 76. ⁵ Vgl. z. B. Das nichterfüllte Grundgesetz (Tübingen 1960). ⁶ Vgl. dazu E.-W. Böckenförde, Staat, Gesellschaft, Freiheit (Frankfurt 1976) 221–252. ⁷ Der Staat der Industriegesellschaft (München 1971) 152; A. Podlech, Wertungen und Werte im Recht, in: Archiv des öffentlichen Rechts 95 (Tübingen 1970) 185–222. ⁸ Vgl. R. Kunz u. a., Programme der politischen Parteien in der Bundesrepublik (München 1975) 78. ⁹ Ergänzungsband Parteiprogramme, hrsg. von S. Hergt, Heggen-Dokumentation 1 (Leverkusen – Opladen 1975) 9. – Alle Unterstreichungen von K. Lehmann. ¹⁰ Vgl. dazu auch H. Schelsky, Verfall der Werte?, in: Deutsche Zeitung, Christ und Welt, Juni 1976. ¹¹ Vgl. zum folgenden den wichtigen Beitrag von K. Forster, Idee und Realität der Bundesrepublik Deutschland. Eine kritische Bilanz, in: Internationale katholische Zeitschrift 5 (1976) 556–575. Auf diesen Artikel sei im Zusammenhang dieses Referates besonders hingewiesen. ¹² Eine Ausnahme bilden u. a. G. Dürig, K. Hesse. ¹³ Vgl. zusammenfassend A. Hollerbach, Das christliche Naturrecht in der Zusammenhang des allgemeinen Naturrechtens, in: Naturrecht in der

Kritik, hrsg. von F. Böckle – E.-W. Böckenförde (Mainz 1973) 9–38. ¹⁴ Zur Kritik daran vgl. die in Anm. 4 schon genannte Untersuchung von H. Goerlich und neustens den Sammelband von M. Tobidipur (Hrsg.), Verfassung, Verfassungsgerichtsbarkeit, Politik (Frankfurt a. M. 1976). Man darf auf die kritische fachwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dieser Literatur gespannt sein. ¹⁵ H. Schmidt, Ethos und Recht in Staat und Gesellschaft (Bundespresseamt Bonn 1976) 8, vgl. auch 9. ¹⁶ A. Hollerbach, Aspekte der Freiheitsproblematik im Recht, in: Philosophische Perspektiven, Bd. 5 (1973), 29–41, hier 41. ¹⁷ K. Schlaich, Neutralität als verfassungsrechtliches Prinzip (Tübingen 1972) 264. ¹⁸ H. Schmidt, a. a. O., 11. ¹⁹ Der Bundeskanzler selbst hat in einem Interview „Mißverständnis in der Grundwerte-Diskussion“ nachträglich seine Ausführungen an einigen Stellen präzisiert, vgl. KNA – Das Interview, Nr. 35, vom 21. 9. 1976, S. 1–7, bes. S. 2. Fast ähnliche Formulierungen finden sich übrigens – ungeachtet sonstiger erheblicher Meinungsverschiedenheiten – in einem Interview von F. J. Strauß, vgl. KNA – Das Interview, Nr. 33, vom 16. 9. 1976, S. 1–3. ²⁰ H. Schmidt, Ethos und Recht in Staat und Gesellschaft, 19. ²¹ W. Maihofer in seiner Hamburger Rede, in: HK 30 (1976) 365. ²² H. Kobl, ebd., 363. ²³ Vgl. dazu bes. H. Maier, Der deutsche Katholizismus seit 1945. Zeitgeschichtliche Perspektiven und aktuelle Folgerungen, in: HK 30 (1976) 490–496. ²⁴ Vgl. E. Noelle-Neumann, in: HK 30 (1976) 355f. ²⁵ Vgl. als Beispiel R. Guardinis Vorwurf der „inneren Unredlichkeit“ an die Neuzeit: Das Ende der Neuzeit. Ein Versuch zur Orientierung (Würzburg 1950, 1965) 105f., 107f. ²⁶ Vgl. z. B. nur M. Heidegger, Holzwege (Frankfurt a. M. 1957) 193ff., Zitat S. 203: „Der Wert und das Werthafte wird zum positivistischen Ersatz für das Metaphysische.“ ²⁷ Es ist mir freilich unbegreiflich, wie die in Nr. 6 wiedergegebenen Sätze als ein Plädoyer für eine bestimmte Partei, hier die SPD, gedeutet werden konnten. Die Ausführungen richten sich ohnehin mehr auf den innerkirchlichen Raum, wehren jedoch im Kontext des ganzen Referates allen Versuchen, die ethosbildende Aufgabe von Glaube und Kirche auf die Sakristei zu beschränken. Vgl. dazu KNA-Informationsdienst, Nr. 46, vom 11. 11. 1976, S. 1. ²⁸ Vgl. die Andeutungen von E. Feil, in: HK 30 (1976) 419–422. ²⁹ Vgl. dazu K. Lehmann, Stillstand auf dem Weg zur Kirche? Versuch einer ökumenischen Ortsbestimmung, in: Internationale katholische Zeitschrift 4 (1975) 289–297. ³⁰ Weitere Ergänzungen und Belege finden sich in einem ausführlichen Beitrag des Verfassers: Die Funktion von Glaube und Kirche angesichts der Sinnproblematik in Gesellschaft und Kirche heute, in: Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche, 11. Bd., hrsg. von J. Krautscheidt und H. Marré (Münster 1977); vgl. dort auch die Beiträge von W. Kluxen und J. Isensee mit den dazugehörigen Diskussionsbeiträgen.

Interview

Kreuth und die Parteienlandschaft nach der Wahl

Ein Gespräch mit Prof. Dieter Oberndörfer

Der Beschluß der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth, die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU im Achten Deutschen Bundestag nicht fortzusetzen, wirkte wie ein Schock auf die deutsche Parteienlandschaft. Die Wiederherstellung der Unionsfraktion läßt Zweifel an deren politischer Funktionsfähigkeit und an den Zukunftschancen der Unionsparteien zurück. Darüber und über die Ursachen, Begleiterscheinungen und möglichen Folgen des Unionszwitter sprachens wir mit Prof. Dieter Oberndörfer, dem Direktor des Seminars für wissenschaftliche Politik in Freiburg. Die Fragen stellte D. A. Seeber.

HK: Herr Professor Oberndörfer, einen Tag nach Kreuth konnte man in der Wiener „Presse“ lesen, ein Volk, das

mit seinem Wahlergebnis nichts anfangen könne, sei mehr als bedauernswert. Muß der deutsche Wahlbürger nach der hohen Wählermobilisierung und dem knappen Wahlausgang vom 3. Oktober angesichts der daraus gezogenen oder auch nicht gezogenen Folgerungen der Parteien nicht sich düpiert fühlen?

Oberndörfer: Es ist immer sehr schwierig, für alle Wähler zu sprechen. Insofern möchte ich Ihre Frage subjektiv für meine Person beantworten. Ich würde sagen, ich fühle mich als Wähler in der Tat düpiert. Die CDU/CSU hat bei dieser Wahl – und ich habe CDU gewählt – ein großartiges Ergebnis erreicht: 48,6 Prozent, das war das zweitbeste Ergebnis in ihrer Geschichte. In einigen Bundeslän-

dern war dieses sogar besser als bei der Adenauerwahl 1957, zum Beispiel in Hessen, in Baden-Württemberg und in Bayern. Und es war auch in Teilen Norddeutschlands hoch ausgefallen. In Niedersachsen hat die CDU nur um 0,1 Prozent ihr Ergebnis von 1965 verfehlt. Dabei muß man wissen, daß die CDU in Norddeutschland ihre besten Ergebnisse nicht 1957 bei der Adenauerwahl, sondern bei der Erhardwahl 1965 erzielt hat. Wenn man dann noch sieht, daß die gegenwärtige Koalition mit Mühe nur einen knappen Vorsprung von zehn Mandaten im Bundestag erreichen konnte, eine starke Opposition einer Regierung gegenübersteht, die aufgrund der inneren Spannungen in den Regierungsparteien zum Immobilismus verurteilt ist und die nach aller Voraussicht nicht in der Lage sein wird, die anstehenden Probleme zu lösen, dann glaube ich, daß das, was mit Kreuth geschehen ist, zunächst eine Spaltung und insgesamt Schwächung der Opposition, in meiner Sicht eine Düpierung vieler Wähler darstellte. Durch die inzwischen erfolgte Wiederherstellung der Fraktionsgemeinschaft von CDU/CSU ist die Opposition allerdings bereits wieder in sehr viel besseren Positionen.

„Die SPD hatte ihr Wahlkampfkonzept geändert“

HK: Über das knappe Wahlergebnis ist die deutsche Öffentlichkeit erstaunlich rasch hinweggegangen. Mit Wildbad Kreuth und den Folgen wird sie sich vermutlich trotz der Rücknahme des Beschlusses durch seine Erfinder noch lange zu beschäftigen haben...

Oberndorfer: Unter beiden Gesichtspunkten möchte ich Ihnen Recht geben...

HK: Bleiben wir zunächst beim ersten. Woran lag es, daß das Wahlergebnis erstaunlich wenig ausdiskutiert wurde? Fehlt es am Bedürfnis oder am Willen zum Wandel, oder gibt es wenigstens für die sich öffentlich artikulierende politische Meinung keine Alternative?

Oberndorfer: Die deutsche Öffentlichkeit ist trotz des knappen Ausgangs über das Wahlergebnis nur deswegen so rasch zur Tagesordnung übergegangen, weil für sie unmittelbar nach dem Wahltag die Auswirkungen des Wahlergebnisses noch nicht deutlich erkennbar waren. Man stand unter dem Eindruck eines Fast-Patt-Ergebnisses, konnte aber noch nicht erkennen, welche Konsequenz das haben würde. Wir hatten ja die außergewöhnliche Situation, daß nicht sofort nach der Wahl die Konstituierung des neuen Bundestages erfolgte, sondern daß in einer fast makaber anmutenden Situation der alte Bundestag vorläufig weitertagte, und die neuen Abgeordneten zwar schon ihre Diäten erhielten, aber sich noch in Wartestellung befanden. Sie wußten nicht, in welche Ausschüsse sie gewählt würden. Auch die Parteiführungen selber zeigten sich zum Teil verunsichert, da sie noch nicht wußten, welche Konstellationen sich aus der neuen personellen

Zusammensetzung des Bundestages ergeben würden. Das merkwürdig dumpfe Echo auf die Wahl ergibt sich, so glaube ich, einfach aus dieser Interimsituation. Wären die Konsequenzen durch die Neukonstituierung des Bundestages gleich deutlicher geworden, hätte man das Wahlergebnis sicher härter diskutiert.

HK: Herr Professor Oberndorfer, Sie gehörten unter den Demoskopern zu denjenigen, die vor der Wahl die Meinung vertraten, der frühe Wahltermin 3. Oktober, werde den Kanzler und seine sozialliberale Koalition nicht begünstigen. Hat der frühe Wahltermin der Koalition und dem Kanzler aber nicht im Nachhinein für die Regierungsbildung sogar in hohem Maße genutzt? Man wäre z. B. über das Rentendebakel kaum so leichtfüßig hinweggekommen, hätte die Konstituierung des Parlaments und die Regierungserklärung näher am Wahltermin gelegen...

Oberndorfer: Zweifellos hatten die späte Konstituierung des Bundestages und der interne Zwist in den Unionsparteien der Koalition ihr Geschäft erleichtert. Die Vermutung wurde zumindest im Hinblick auf die Mobilisierung der Wähler bestätigt. Man könnte sogar sagen, gemessen an der kurzfristigen Entwicklung des Wahlklimas sei der Wahltag für die Union eher schon zu spät angesetzt worden. Denn bis Ende August wurde in Umfragen festgestellt, daß der Grad der Mobilisierung der SPD-Wählerschaft unter den Grad der Mobilisierung vom April zurückgefallen war, während gleichzeitig im Bereich der CDU/CSU-Wähler ein Mobilisierungsgrad sich abzeichnete, wie er in der Geschichte dieser Partei einmalig ist. Von hundert Befragten hatten sich zu dieser Zeit etwa 35 nicht nur als CDU/CSU-Wähler sondern als Anhänger der CDU/CSU bezeichnet. Das entsprach dem Polarisierungsgrad zugunsten der sozialliberalen Koalition im Oktober 1972. Daraufhin änderte die SPD-Führung aber ihr Wahlkonzept. Hatte sie zunächst auf den Schmidt-Effekt und auf die wirtschaftliche Erholung gesetzt im Glauben, daß Helmut Schmidt und die wirtschaftliche Erholung Wähler der Opposition anziehen würde und sich so das Ergebnis von 1972 würde wiederholen lassen, so mußte sie Ende August feststellen, daß ein Teil der CDU-Wähler zwar Helmut Schmidt als Person schätzte, aber durchaus nicht bereit war, wegen Helmut Schmidt und der wirtschaftlichen Erholung SPD zu wählen. Daraufhin entschloß sich die SPD-Führung nach einer intensiven Diskussion im Präsidium, ausschließlich auf die Mobilisierung ihrer eigenen Basis zu setzen. Man gab insbesondere der eigenen linken Basis, die bis dahin dem Wahlkampf des als rechts eingestuften Bundeskanzlers ziemlich apathisch zugesehen hatte, die aber immerhin etwa zehn bis fünfzehn Prozent dieser Partei ausmacht, das, was sie haben wollte, nämlich Verteufelung des politischen Gegners. Dies hat zu einer Mobilisierung geführt, die genau der von 1972 entsprochen hat.

HK: Hatte die Umschaltung in der Schlußphase von einem mehr Schmidt-motivierten zu einem mehr Brandt-

motivierten Wahlkampf (Slogan „Den Frieden wählen“) nicht ebenso stark zur Begünstigung der SPD beigetragen?

Oberndörfer: Es war sicher von Bedeutung, daß in der letzten Phase des Wahlkampfes Willy Brandt und Herbert Wehner wieder stärker als Wahlkampfmatadoren eingesetzt wurden. In Nordrhein-Westfalen z. B. hat die SPD den Wahlkampf eher mit Willy Brandt als mit Helmut Schmidt geführt. Willy Brandt ist es auf jeden Fall gelungen, die sich lange apathisch verhaltende SPD-Linke zu mobilisieren. In diesem Zusammenhang ist übrigens ein Aspekt besonders interessant. In Nordrhein-Westfalen hatten am Tag der Bundestagswahlen bekanntlich in verschiedenen Orten auch Kommunalwahlen stattgefunden. Dabei gab es z. B. in Bottrop für die DKP Anteile von über acht Prozent. In den gleichen Gebieten wählten für den Bundestag aber nur 0,3 bis 0,5 Prozent die DKP. Offensichtlich erfolgte also in letzter Minute eine Solidarisierung aller linken Kräfte zugunsten der SPD. Man kann annehmen, daß ohne die Fünf-Prozent-Klausel die DKP in der Bundesrepublik drei bis vier Prozent der Stimmen erhalten würde. Diese Stimmen sind diesmal noch der SPD zugute gekommen.

HK: Handelt es sich hier nicht um das generelle Phänomen, daß Anhänger der „K“-Parteien, vor allem Anhänger der DKP, bei Bundes- und Landtagswahlen der SPD die Stimme geben, während sie bei Kommunalwahlen für die eigene Liste votieren?

Oberndörfer: Sie haben völlig Recht, das Verhaltensmuster der radikalen Linken aller Schattierungen ist so, daß sie bei Kommunalwahlen eher die eigene Partei, sei es die DKP oder den KBW wählen, während diese Stimmen auf höherer Ebene, besonders bei Bundestagswahlen, sich verflüchtigen. Nur scheint bei dieser Bundestagswahl dieses Verhaltensmuster wegen der vorhin beschriebenen Trends lange Zeit in Frage gestellt gewesen zu sein...

„Kohl war bereit, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen“

HK: Die Union hat zwar, wie Sie eingangs feststellten, ein hohes Ergebnis erreicht. Woran lag es, daß die dafür zusätzlich notwendigen 1 bis 1,5 Prozent fehlten? War das nur die hohe Mobilisierung der SPD in der Endphase, nur das Süd-Nord-Gefälle oder was sonst?

Oberndörfer: Aus demoskopischer Sicht läßt sich diese Frage nicht präzise beantworten. Tatsache ist, daß die Regierungsparteien einerseits und die Oppositionsparteien andererseits sich bis zum Schluß in einem Kopf-an-Kopf-Rennen befanden, wobei in vielen Umfragen immer ein ganz leichter Vorsprung für die Koalition bestand. Die Entscheidung über den Wahlausgang fiel dann durch die schon erwähnte Tatsache, daß es der Regierung im September noch gelang, ihre gesamte Wählerschaft zu mobili-

sieren bzw. sie zur Wahlurne zu bringen. Damit bleibt das Faktum bestehen, daß die Unionsparteien die absolute Mehrheit bei Berücksichtigung der Splitterparteien von 0,9 Prozent um ein Prozent verfehlt haben. Wenn Sie mich fragen, weshalb es nicht gelungen ist, die absolute Mehrheit zu erreichen, dann würde ich – das kann man wissenschaftlich nicht beweisen – die Antwort geben: Die Wahl kam, gemessen am langfristigen Trend, ein halbes Jahr zu früh. Der gesamte Trend der Entwicklung der politischen Meinung seit 1974 zeigt – das läßt sich aus vielen Umfragen herauslesen – eine kontinuierliche und ständige Kräftigung der Unionsparteien. Wir haben es mit einer langfristigen politischen Grundströmung zu tun. Diese politische Grundströmung hatte sich in den Landtagswahlen bereits voll ausgewirkt. Die CDU/CSU gewann dort zusammen gerechnet 51,4 Prozent der Stimmen. Man konnte davon ausgehen, daß bei einem Ausreifen der ungelösten Probleme, die sich unter der Herrschaft der sozialliberalen Koalition angestaut hatten und deren Lösung nicht mehr verschoben werden konnte, dieser Trend zur CDU sich noch verstärken würde.

HK: Aber dieser Trend ist durch die Ereignisse von Kreuth und dadurch, was in den Wochen nach Kreuth geschah, unterbrochen. Der Vertrauensverlust in Richtung CDU/CSU beim Wähler ist beträchtlich...

Oberndörfer: Ich würde Ihnen recht geben, wenn es bei Kreuth geblieben und es nicht gelungen wäre, die Fraktionsgemeinschaft der CDU/CSU wiederherzustellen. Aus allen Umfragen des letzten Jahres geht eines ganz klar hervor: die CDU/CSU verfügt über eine ungemein stabile Wählerschaft, ganz im Unterschied zur Wählerschaft der Koalitionsparteien. Der Anteil der Stammwähler der CDU ist unvergleichlich größer als der Anteil der Stammwähler bei den Koalitionsparteien. Vielleicht auch bedingt durch die Rolle als Opposition hat sich der Block der CDU/CSU-Wähler derart verfestigt, daß Ereignisse wie die von Kreuth die Stabilität dieses Wählerblocks wenig berühren. Dies gilt um so mehr, als es zur CDU/CSU keine Alternative gibt. Interessanterweise zeigen Umfragen, daß es in der SPD/F.D.P. eine Gruppe von 10–15% Wählern gibt, die in ihrer parteipolitischen Orientierung in hohem Grade verunsichert und die unter Umständen durchaus bereit ist, die CDU/CSU zu wählen.

HK: Aber ist die Verunsicherung der potentiellen Wählerschaft bei der CDU zum gegenwärtigen Augenblick dem Affront zwischen CDU und CSU und der Demontage ihres Kanzlerkandidaten durch Franz Josef Strauß nicht wenigstens ebenso groß?

Oberndörfer: Ich möchte zunächst einmal Ihrer letzten These ganz kategorisch widersprechen, daß der Kanzlerkandidat der CDU durch den Streit zwischen CDU und CSU demontiert wurde. Ich bin im Gegenteil der Auffassung, daß in dieser Auseinandersetzung Helmut Kohl bewiesen hat, daß er zurecht als Kanzlerkandidat mit der

Führung der Unionsparteien betraut worden war, daß er bei aller Rücksichtnahme auf Meinungsunterschiede in einer demokratischen Partei nicht bereit war, auf Grundsätze zu verzichten. Kohl war bereit, die notwendigen Konsequenzen aus der Fraktionstrennung zu ziehen. Eingelenkt hat dann die CSU-Führung. Ferner bin ich der Meinung, daß man nach der Wiederherstellung der Fraktionsgemeinschaft von CDU/CSU sehr bald zur politischen Tagesordnung übergehen wird. Die tägliche Politik zwingt dazu, sich nicht mit der Vergangenheit, sondern mit der Gegenwart zu beschäftigen. Die Probleme, die sich in der nächsten Zukunft und in den nächsten Jahren für uns stellen, werden die Wähler bewegen und nicht die Vergangenheit von Kreuth.

HK: Das klingt etwas sehr optimistisch. Wie soll die CDU mit einem Partner zurecht kommen, der sich schon wenige Tage nach der neuen Vereinbarung über die Fraktionsgemeinschaft nicht an die Geschäftsgrundlage zu halten scheint und durch den „Bayernkurier“ erklären läßt, der Beschluß der Fraktionstrennung sei nach wie vor nicht zurückgenommen, sondern nur durch die neuen Vereinbarungen überlagert?

Oberndörfer: Das ist doch bloße Rhetorik. Es wird sicher auch im Rahmen der neuen Fraktionsgemeinschaft manchen Dissens zwischen der CDU und der CSU geben. Aber den hat es ja auch schon in der Vergangenheit vor der Bundestagswahl gegeben, und die CDU/CSU hat trotz mancher Differenzen, die schon in der Vergangenheit zwischen Helmut Kohl und Franz Josef Strauß und zwischen CDU und CSU aufgetreten sind, bei der Bundestagswahl fast die Regierungsmehrheit errungen und ihr zweitbestes Ergebnis seit 1957 erzielt. Ich würde ferner meinen, daß im Rahmen einer großen Volks- und Integrationspartei die Forderung nach permanenter Einheit und absoluter Harmonie utopisch wäre. In Volksparteien wird es immer Konflikte geben, weil Volksparteien für unterschiedliche Interessen und unterschiedliche Aspekte politischer Meinungen stehen. Das schadet dem demokratischen Charakter einer Partei überhaupt nicht. Daß Konflikte offen ausgetragen werden, entspricht vielmehr den Notwendigkeiten einer innerparteilichen Demokratie. Allerdings müssen für ein produktives Austragen von Konflikten gewisse Minimalregeln der Fairneß eingehalten werden. Das Schicksal der neuen CDU/CSU wird sich nicht zuletzt daran entscheiden, ob es gelingt, beim Austragen von Konflikten solche Minimalregeln der Fairneß einzuhalten.

„Eine Gefahr, die die F.D.P. sicher sieht“

HK: Nochmals zurück zum Wahlergebnis. Was die Union von der Regierungsmacht und -verantwortung letztlich trennt, ist der Wille der F.D.P., die der Mehrheitsbeschaffer für die Wahlverlierer Schmidt und SPD ist. Ist diese Anomalie auf die Dauer zuzumuten?

Oberndörfer: Es ist zweifellos ein anormaler Zustand, daß eine kleine Partei mit sieben, acht, neun Prozent der Wählerstimmen fast ebensoviel politisches Gewicht hat wie die großen Parteien. Zumindest in den bisherigen politischen Konstellationen konnte die F.D.P. nie auf der Verliererseite stehen, da man sie für die Mehrheitsbildung eben braucht. Wenn man davon ausgeht, daß in Demokratien – schon aus Gründen der demokratischen Legitimation – Mehrheiten regieren sollen, dann sind solche Koalitionen, bei denen fast 50 Prozent von sieben oder acht Prozent majorisiert werden, schon sehr problematisch.

HK: Auf der anderen Seite ist die Situation der F.D.P. selbst unsicher. Man hat hohe Wahlerwartungen in sie gesetzt, die sich nicht erfüllt haben. Wie erklärt sich das?

Oberndörfer: Man kann davon ausgehen, daß die F.D.P. heute über etwa 50 Prozent Stammwähler verfügt. Das ist aber bei einer Partei, die bei einer Bundestagswahl 7,9 Prozent der Stimmen erhält, immer noch verdammt wenig. D.h., die Stammwählerschaft der F.D.P. ist kleiner als fünf Prozent. Sie liegt unter der Fünf-Prozent-Klausel. Man konnte in Umfragen vor der Wahl gut verfolgen, wie, den politischen Tagesereignissen folgend, jeweils der Wind Spreu in die F.D.P.-Scheune trug und dadurch dann der F.D.P.-Stimmenanteil um ein, zwei Prozent stieg. Kamen andere Ereignisse, wurde die Spreu wieder aus der Scheune herausgeblasen, und die Scheune war leer. Interessant ist, daß noch im August angesichts der hohen Apathie der SPD-Basis die F.D.P. bei etwa zehn Prozent Stimmenanteil lag und daß dann im September durch die hohe Polarisierung ihr Stimmenanteil schlagartig zurückging...

HK: Aus Umfragen ist bekannt, daß ein beträchtlicher Anteil an F.D.P.-Anhängern für eine Koalition mit den Unionsparteien eintritt. Trotz entschiedener Wahlaussagen ihrer Partei zugunsten der SPD halten sie der F.D.P. die Treue und werden so als Koalitionswähler vereinnahmt. Woher kommt dieser Widerspruch?

Oberndörfer: Die Tatsache, daß ein Drittel bis ein Viertel der F.D.P.-Wähler eher für eine Koalition mit der CDU/CSU eintritt, ist vielleicht daraus zu erklären, daß diese Gruppe die enge Bindung der F.D.P. an die SPD einfach nicht zur Kenntnis nehmen will und sich an die Hoffnung eines möglichen Überwechsels der F.D.P. aus der sozialliberalen Koalition in eine Koalition mit der CDU/CSU festklammert. Die Geschichte der F.D.P. zeigt, daß eine solche Hoffnung nicht völlig illusionär ist. Die F.D.P. hat schon viele Wandlungen durchgemacht. Ihr Mitgliederstamm ist relativ klein. Ich könnte mir vorstellen, daß z.B. in Niedersachsen durch die neue Koalition mit der CDU/CSU der F.D.P. neue Mitglieder zuwachsen oder solche Mitglieder reaktiviert werden, die der CDU/CSU gegenüber positiv eingestellt sind. So könnte sich in Niedersachsen, aber auch anderswo der Charakter der F.D.P. von neuem wandeln, wie er sich in der Zeit nach 1969 zugunsten einer SPD/F.D.P.-Koalition gewan-

delt hat, obwohl die F.D.P.-Anhänger damals noch überwiegend ein Bündnis mit der CDU/CSU favorisierten.

HK: Sind das im Blick auf mögliche Koalitionen CDU/CSU/F.D.P. nicht etwas langfristige Hoffnungen? Zunächst ginge eine solche Entwicklung ja auf Kosten der CDU/CSU, und Franz Josef Strauß hätte einmal mehr recht, vor solchen Koalitionen zu warnen und statt dessen die F.D.P. zu Tode zu bekriegen ...

Oberndörfer: Koalitionen der CDU/CSU mit der F.D.P. sind zweifellos ein Risiko für die CDU. Die CDU muß wie in jeder Koalition mit dem Koalitionspartner Kompromisse eingehen, die ihre programmatische Glaubwürdigkeit in Frage stellen können. Ich glaube aber, daß das Risiko insgesamt für die F.D.P. sehr viel größer ist. Die F.D.P. wird durch solche Koalitionen intern gezwungen, ihren zukünftigen Kurs sehr viel klarer zu definieren als bisher in der einseitigen Verbindung mit der SPD. Durch eine Koalition mit der CDU/CSU müssen sich die latent vorhandenen Gegensätze in der F.D.P. zwischen ihrem linken und rechten Flügel in der einen oder anderen Richtung verschärfen. Das zeigen jetzt schon die teils sehr heftigen Reaktionen der F.D.P.-Linken auf die Koalition mit der Union in Niedersachsen. Auf die Dauer wird die F.D.P.-Linke, die ja in manchen politischen Fragen weit links von der SPD-Linken steht, durch solche Koalitionen mit der CDU/CSU vor sehr schwierige Gewissensfragen gestellt werden. Ich glaube, daß Koalitionen mit der CDU auf Landesebene auf Dauer von der F.D.P. nur durchgehalten werden können, wenn die linken Kräfte in ihr zurückgedrängt werden oder diese die F.D.P. verlassen.

HK: Das wäre im Gegensatz zu Franz Josef Strauß der Versuch, die F.D.P. durch eine Strategie der Annäherung zu einer Neuorientierung zu zwingen. Wenn ich Sie aber richtig verstehe, kann das auch bedeuten: Herabdrücken der F.D.P. unter die Fünf-Prozent-Klausel ...

Oberndörfer: Das wäre eine Möglichkeit und ist eine Gefahr, die die F.D.P.-Führung sicher sieht. Für die F.D.P. ergibt sich durch Annäherung an die CDU dieselbe Situation wie 1969. Sie muß befürchten, daß sie in der ersten Etappe dieses Weges einen Teil ihrer Wähler verliert, und sie muß von der langfristigen Hoffnung ausgehen, daß sie auf der zweiten Etappe traditionelle F.D.P.-Wähler wieder zurückgewinnt. Auf jeden Fall ist das Risiko für die F.D.P. sehr groß. Ich darf nur daran erinnern, daß die F.D.P. nach 1969 bei verschiedenen Landtagswahlen bereits unter die Fünf-Prozent-Marke zurückgefallen und ihre Existenz zeitweilig ernsthaft gefährdet war.

„Ich bezweifle, daß die Kalkulation richtig war“

HK: Strauß hat den Beschluß von Kreuth und den durch diesen Beschluß provozierten Strategiewechsel, der ja in

der jetzigen Strategie- bzw. Fraktionsvereinbarung festgeschrieben ist, begründet mit der Aussichtslosigkeit der Unionsparteien, in der gegenwärtigen bzw. bisherigen Formation jemals die absolute Mehrheit zu erreichen. Ist dieses Ziel angesichts der 48,6 Prozent vom 3. Oktober wirklich so fern?

Oberndörfer: Ich halte die These, daß die CDU/CSU die 50-Prozent-Grenze nicht überschreiten kann, für absolut falsch. Ich habe schon vorhin auf einige gegenteilige Daten hingewiesen, etwa auf die starke Gruppe verunsicherter Koalitionswähler. Ich erwähnte ferner, daß die Unionsparteien bei den Landtagswahlen des Zeitraumes 1974 bis 1976 zusammengerechnet 51,4 Prozent der Stimmen erreichten. Die Geschichte der Landtags- und Bundestagswahlen in der Bundesrepublik zeigt, daß die Opposition bei Bundestagswahlen immer schlechter abschneidet als bei den vorhergehenden Landtagswahlen. D. h., die Regierung besitzt bei Bundestagswahlen einen Regierungsbonus. So hat z. B. die SPD von 1949 bis 1969 bei Bundestagswahlen jeweils 2,5 bis 3,5 Prozent schlechter abgeschnitten als bei den jeweils vorausgegangenen Landtagswahlen. Dabei kann man für die Zeit der Opposition der SPD die folgende Gesetzmäßigkeit beobachten: Die SPD hat ihre Ergebnisse bei den Bundestagswahlen bis 1969 kontinuierlich von ursprünglich 29 Prozent auf 42–43 Prozent verbessern können. Dabei entsprach die Steigerung ihres Stimmenanteils jeweils den Ergebnissen nicht der letzten, sondern der vorletzten Serie von Landtagswahlen. Offensichtlich geben Wähler, die bei Landtagswahlen bereits zweimal die Opposition gewählt haben, dieser dann auch auf Bundesebene ihre Stimme. Diese Gesetzmäßigkeit hat sich auch bei den letzten Bundestagswahlen für die Unionsparteien bestätigt. Sie haben bei dieser Bundestagswahl noch nicht das Ergebnis der letzten, sondern der vorletzten Reihe der Landtagswahlen eingeholt. Bei den Landtagswahlen von 1970 bis 1972 hatten die Unionsparteien einen Stimmenanteil von 48,3 Prozent, bei dieser Bundestagswahl aber einen Stimmenanteil von 48,6 Prozent erzielt. Diese Entwicklung deckt sich völlig mit den Zuwachsgesetzmäßigkeiten der Sozialdemokraten als Oppositionspartei im Zeitraum zwischen 1949 bis 1969.

HK: Wenn man aus plausiblen Gründen mit so ausgeprägt kontinuierlichen Zuwächsen rechnen kann, was war oder ist dann das leitende Motiv für den von Strauß geforderten Strategiewechsel? Will er durch mehr Eigenständigkeit der CSU noch stärkeren Einfluß auf die Union als ganze gewinnen, unter Umständen mit dem Ziel einer Spaltung zwischen CDU-Konservativen, CDU-Liberalen und Christlich-Sozialen, oder zunächst einmal auf halbem Wege zu diesem Ziel die Ausschaltung eines ihm im Grunde zu stark gewordenen Konkurrenten bzw. Kanzlerkandidaten erreichen?

Oberndörfer: Ich kenne die Motive Franz Josef Strauß' für die Aktion von Kreuth nicht. Es liegt die Vermutung nahe, daß es ihm darum ging, den Einfluß der CSU in der

Politik der Bundesrepublik zu verstärken. Dabei bezweifle ich allerdings, daß der eingeschlagene Weg für eine solche Kalkulation richtig war. Die Trennung von der CDU hätte nicht nur die Opposition als ganze, sondern auch die CSU geschwächt.

HK: Helmut Kohl hat in einer seiner ersten Reaktionen auf Kreuth den Anspruch erhoben, einen Wählerauftrag für die ganze Bundesrepublik Deutschland erhalten zu haben. Er leitete diesen Anspruch u. a. auch von seiner hohen Popularität als Kanzlerkandidat ab. Was läßt sich demokopisch zu diesem Anspruch sagen?

Oberndörfer: Helmut Kohl hat als Herausforderer eines amtierenden Kanzlers die günstigsten Umfrageergebnisse in der Geschichte der Bundesrepublik erzielt. Seitdem man Umfragen zu diesem Thema macht, seit dem Jahre 1959, betrug der Abstand zwischen dem Oppositionskandidaten und dem amtierenden Bundeskanzler durchschnittlich zwanzig Prozent. Er war häufig sogar weit höher, es gab Differenzen bis zu dreißig Prozent. Helmut Kohl gelang es, diesen Abstand zu halbieren, ihn zeitweilig auf unter zehn Prozent herabzudrücken. Es waren die weitaus günstigsten Ergebnisse, die je ein Oppositionskandidat erzielen konnte ...

HK: ... Nach Allensbacher Umfragen rückte Kohl vor der Wahl sogar bis auf drei Punkte an Schmidt heran ...

Oberndörfer: ... Das ist völlig richtig. Und bei Helmut Schmidt ging gerade im September seine Popularität stark zurück. Auch andere Umfragen signalisierten im September eine deutliche Abflachung der Popularität von Helmut Schmidt gegenüber Helmut Kohl. Helmut Kohl war es gelungen, den Popularitätsgrad Kiesingers als amtierender Bundeskanzler einzuholen. Helmut Kohl hat also als Herausforderer optimale Ergebnisse erzielt, und das gilt gerade für Süddeutschland. In Baden-Württemberg und Bayern lag Helmut Kohl sogar gleichauf mit Helmut Schmidt.

„Tatkraft ohne Vertrauenswürdigkeit erweckt Mißtrauen“

HK: ... Und die vielzitierten Unterschiede zwischen Süd und Nord?

Oberndörfer: Wenn man schon Wahlergebnisse im Süden und Norden gegeneinander abwägt, dann muß man ganz offen einräumen, daß Franz Josef Strauß und die CSU insgesamt ein deutlich ungünstigeres Image hatten. Im Juli wurde in einer Umfrage die Frage gestellt: Welche Partei würden Sie auf keinen Fall wählen? Im Unterschied zum Frühjahr 1974, wo noch 40 von 100 sagten, auf keinen Fall CDU, hieß es nur noch bei zwanzig Prozent auf keinen Fall CDU, im Falle der SPD waren es 24, bei der F.D.P. 26 Prozent, im Blick auf die CSU gaben

aber immer noch 40 Prozent „auf keinen Fall“ an. Im übrigen erzielte Franz Josef Strauß in bestimmten Image-Komponenten z. B. Tatkraft, Tüchtigkeit ebenso günstige Werte wie Helmut Schmidt. Bei der Frage aber, was man sich unter einem Wunschkanzler vorstellt, welche Eigenschaften man vornehmlich von einem solchen erwartet, rangiert mit 68 Prozent aller Nennungen Vertrauenswürdigkeit weit an der Spitze. Und das war nun eine Eigenschaft, mit der Helmut Kohl erheblich vor Helmut Schmidt lag. Tatkraft und Tüchtigkeit tauchten in der Häufigkeit der Nennungen erst am dritten Platz mit etwa 17 Prozent Häufigkeit auf. Die Bevölkerung erwartet also von einem amtierenden oder zukünftigen Kanzler in erster Linie menschliche Qualitäten wie Vertrauenswürdigkeit und Sympathie. Tatkraft ohne Vertrauenswürdigkeit erweckt Mißtrauen.

HK: Das alles unterstreicht die hohe Eignung Helmut Kohls als Kanzlerkandidat, aber nicht unbedingt seine Qualifikation zum Kanzler. In Straußscher Terminologie: gut genug, um 30 Jahre Kandidat zu sein, aber unfähig zum Kanzler ...

Oberndörfer: Ich möchte da nachdrücklich widersprechen. Erstens sind die Werte Führungskraft und Tüchtigkeit für Helmut Kohl in den Umfragen äußerst günstig. Zweitens muß man seine schwierige Situation als Oppositionsführer sehen: Als Führer einer Volkspartei muß er integrieren. Und er kann sich nicht in Szene setzen wie ein amtierender Bundeskanzler. Es wurde oft übersehen, daß Charakterstärke, Tatkraft und Führungskraft sich gerade darin manifestieren können, sich nicht zu ostentativer Kraftmeierei provozieren zu lassen.

HK: Im Zuge der geplanten Ausdehnung der CDU auf Bayern war viel von Kohl-Sympathien in Bayern die Rede. Ich erinnere nur an die im „Spiegel“ veröffentlichten Ergebnisse einer Emnid-Umfrage. Wie sieht ein Sympathievergleich zwischen Kohl und dem CSU-Vorsitzenden Strauß in Bayern aus?

Oberndörfer: Auch in Bayern liegt, wenn man die Frage nach dem Kanzlerkandidaten stellt, Helmut Kohl weit vor Franz Josef Strauß. Nun mag das an der Fragestellung liegen, denn die Frage nach Franz Josef Strauß als Bundeskanzler stellte die Befragten vor eine hypothetische, real nicht gegebene Situation. Aber wie dem auch sei: die Werte von Helmut Kohl in Bayern waren nicht schlechter als in Baden-Württemberg. Daraus würde ich den Schluß ziehen, daß die These Helmut Kohls, daß er zum Wahlerfolg der CSU in Bayern beigetragen hat, völlig richtig ist. Man muß sehen, daß die CSU in Bayern historisch gewachsen ist aus einem Zusammenschluß von ehemaligen Anhängern der Bayernpartei und „reichstreu“ Christlich-Sozialen. In den zuletzt genannten Segmenten der Wählerschaft sehe ich potentielle CDU-Wähler. Potentielle CDU-Wähler finden sich nicht nur etwa in den evangelischen Gebieten in Franken, sondern genauso gut in

Altbayern. Und vor allem glaube ich, daß potentielle SPD-Wähler, die vor allem in Großstädten von der SPD zur CSU übergewechselt haben, potentielle CDU-Wähler sind.

HK: Wir haben bisher nur vom Süden gesprochen, aber hat sich nicht gerade die Südlastigkeit negativ für die CDU/CSU ausgewirkt? Hätte im Blick auf den Norden für die Bundesrepublik insgesamt ein Tandem Kohl-Stoltenberg nicht eine sehr viel günstigere Ausgangsposition?

Oberndörfer: Ich könnte mir vorstellen, daß eine Kombination Kohl-Stoltenberg sicher nicht ungünstig wäre. Es gibt verschiedene Untersuchungen über die Bedeutung konfessioneller Vorurteile in der Politik. Sie kennen ja die Veröffentlichungen von Gerhard Schmidtchen, dem Züricher Soziologen. Das Überraschende ist, daß die konfessionellen Vorurteile am stärksten in den konfessionell homogenen Gebieten sind, und zwar gerade in den säkularisierten. Beides trifft für Norddeutschland zu. Die konfessionellen Vorurteile sind in stark kirchlich gebundenen evangelischen Wählergebieten sehr viel geringer. In Ansbach haben gut 63 Prozent der Wähler CSU gewählt. In den pietistischen Gebieten Württembergs, in den pietistischen Gebieten mit stark kirchlich gebundener Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen hat die CDU überproportional zugenommen. Das Problem sind also die säkularisierten evangelischen Wähler Norddeutschlands. Klassisches Beispiel für eine säkularisierte evangelische Wählerschaft ist Schleswig-Holstein, besonders mit den Wahlen von 1961 und 1965. Die CDU hatte 1957 in Schleswig-Holstein als Adenauer im Zenit stand 48 Prozent erhalten. 1961 sank sie auf 41 Prozent. Sie hatte also sieben Prozent verloren. Das ist ungeheuer viel von einer Bundestagswahl auf die andere.

HK: Die CDU/CSU verlor bei der gleichen Wahl aber auch im Bundesdurchschnitt fast fünf (4,9) Prozent...

Oberndörfer: Trotzdem: bei der Erhard-Wahl 1965 stieg der Wähleranteil der CDU in Schleswig-Holstein um ganze acht Prozent auf 49 Prozent. Es war das beste Ergebnis. Den fränkischen Protestanten Erhard hat man lieber gewählt als den rheinischen Katholiken Adenauer. Schleswig-Holstein ist das Land mit der flexibelsten Wählerschaft und den stärksten konfessionellen Vorbehalten.

„CDU und CSU sind Volksparteien mit den gleichen Wählergruppen“

HK: Am Ende des Unionszwists nach Kreuth war über die Alternative zu entscheiden: Wiederherstellung der Fraktion oder Ausdehnung der beiden „C“-Parteien für sich oder mit Hilfe von Neugründungen auf das ganze Bundesgebiet. Man hat sich nach den letzten Einlassungen von Strauß für die Fraktionsgemeinschaft entschieden.

Wäre der Gang nach Bayern nicht die sauberere und mittelfristig die erfolgversprechendere Lösung gewesen?

Oberndörfer: Ja und Nein. Die Gründung einer bayerischen CDU wäre zwar nach Kreuth und den vielen Vorgängen, die Kreuth letztlich nur als Kulminationspunkt einer langen Entwicklung aufweisen, eine saubere Lösung gewesen. Auf der anderen Seite bietet die Wiederherstellung der Fraktionsgemeinschaft doch eine Chance, das große Erbe Adenauers, den Unionsgedanken, wieder zu realisieren und unter Umständen neu zu kräftigen.

HK: Der Hinweis auf das Erbe Adenauers überzeugt einen Außenstehenden wahrscheinlich nicht, gehen wir also von den mehr oder weniger greifbaren Realitäten aus. Die Prognosen für eine CDU-Bayern waren oder standen sehr günstig. Warum hat man dann den Schritt nicht gewagt? Wegen der berüchtigten Kriegsschuldfrage oder weil man unter Berufung auf das Erbe Adenauers und auf eine Einheit der Union, die es so oder so nicht mehr gibt und die nach Kreuth noch weniger vorstellbar ist als bisher, im Grunde nostalgisch und nicht rational entschieden hat?

Oberndörfer: Ich bin anderer Ansicht. Eine Gründung der CDU in Bayern hätte die bundesweite Ausdehnung der CSU zur Folge gehabt und damit notwendig den Bruderkrieg zwischen Parteien, die zumindest, was ihre Wählerschaft betrifft, eng miteinander verbunden sind. Umfragen zeigen, daß sich die CDU- und CSU-Wähler in ihren Einstellungen nicht oder kaum voneinander unterscheiden. Es handelt sich in beiden Fällen um Volksparteien mit den gleichen Wählergruppen oder -segmenten. Insofern gibt es auf Wählerebene eine Einheit der Unionsparteien, und es wäre für die Führer der Unionsparteien eine große historische Schuld gewesen, wenn sie nicht doch noch einmal den Versuch unternommen hätten, diese Einheit auch auf der Ebene der Parteiorganisation wiederherzustellen, und damit die Möglichkeit eines Bruderkampfes mit all den in ihm enthaltenen Möglichkeiten der Vergiftung des Verhältnisses der Unionsparteien zueinander zu verhindern.

HK: Sie sagen, beide Parteien haben eine fast identische Wählerschaft. Aber das soll sich offenbar so oder so ändern. In der Fraktionsvereinbarung hat sich die Union als ganze auf den geforderten Strategiewechsel von Franz Josef Strauß eingelassen. Bei der Vorbereitung der Wahl 1980 sollen nationalliberale Wählerschichten auf der einen und soziale Demokraten auf der anderen Seite als Erweiterung des Unionspektrums ins Auge gefaßt werden. Heißt Vierte Partei dann „sozial-demokratische“ Ableger der CDU in Bayern und eine nationalliberale, u.U. stark rechtsorientierte Klientel in Norddeutschland sozusagen als Konkretisierung des bundesweiten Anspruchs der CSU?

Oberndörfer: Ich glaube, daß es sich in diesen Erklärungen um Rhetorik handelt. Über die Gründung einer Vier-

ten Partei kann auf der rechten Seite des politischen Spektrums nichts mehr hinzugewonnen werden, das zeigt die Wahlstatistik. SPD-Wähler, die von der SPD enttäuscht sind, können, wie die bisherige Geschichte der Erfolge der CDU/CSU bei den Landtagswahlen und auch bei dieser Bundestagswahl gezeigt haben – von den Unionsparteien integriert werden. Dazu bedarf es keiner Vierten Partei. Im Gegenteil! Eine solche Vierte Partei würde nur das gesamte Image der CDU/CSU diffus machen.

HK: ... Diffus machen oder stärker nach rechts rücken? Angesichts des Suchens nach Nationalliberalen in der Bundesrepublik und angesichts forcierter Kontakte der CSU und von Franz Josef Strauß u. a. über die Hanns-Seidel-Stiftung zu Rechtsgruppen in Europa muß so etwas wenigstens durch die CSU wohl auch intendiert sein. Wäre die Folge einer Verschiebung nach rechts aber nicht eine Schmidtsche SPD, die von neuem die breite Mitte besetzt und die sich die Regierung selbst dann sichern kann, und zwar auf Dauer, wenn sich auf ihrem linken Flügel einiges abspaltet?

Oberndörfer: Das sind Spekulationen, die davon ausgehen, daß es der CDU nicht gelingt, eine Partei der Mitte zu bleiben. Ich halte bei der ganzen Frage der zukünftigen Entwicklung der CDU für ganz entscheidend, daß die CDU nicht von ihrem bisherigen Kurs abweicht und eine Partei der Mitte bleibt.

„Eine Ehe fast gegen die Natur“

HK: Müßte aber eine unter starkem optischem und psychologischem Einfluß von Strauß stehende Union das Erstarken einer von Helmut Schmidt geprägten SPD der Mitte nicht auf jeden Fall fürchten?

Oberndörfer: Der Gedanke, daß Helmut Schmidt die SPD wieder auf die Mitte zurückführen könnte, scheint mir heute unreal geworden zu sein. Das wäre möglich gewesen, wenn Helmut Schmidt einen überzeugenden Wahlerfolg errungen hätte, wenn er das Wahlergebnis von Willy Brandt, der Integrationsfigur der SPD-Linken, von 1972 wiederholt oder eingestellt hätte. Doch das Wahlergebnis vom 3. Oktober war für Schmidt ein persönlicher Mißerfolg. Das hat seine Stellung ungeheuer geschwächt. Hinzu kommt, daß in aller Stille und mit bemerkenswerter Disziplin die SPD-Linke während des Wahlkampfes innerhalb des Parteiapparats Position nach Position besetzt hat. Das zeigt sich u. a. in der Zusammensetzung der SPD-Bundestagsfraktion. Die Linke ist in dieser erheblich geschrumpften Fraktion zahlenmäßig sehr viel stärker als in der alten größeren Fraktion vertreten. Ihr Einfluß ist von einem geschwächten Helmut Schmidt nicht mehr rückgängig zu machen.

HK: In der ganzen Auseinandersetzung zwischen den Unionsparteien seit Kreuth war kaum vom „C“ die Rede.

Dieses stünde für christliche Wählerschichten aber auf jeden Fall zur Diskussion. Mit starkem nationalliberalem Image wäre weder CDU noch CSU das, als was sie angetreten sind: Sammlungsparteien christlicher Herkunft. Können sich die Unionsparteien soviel Identitätsverlust überhaupt leisten?

Oberndörfer: Ich halte diese Frage für sehr wichtig. Ich würde sie primär für die CSU stellen. Bei einer bundesweiten Ausweitung der CSU würde es die CSU sehr schwer haben, ihren Anspruch, eine christliche Partei zu sein, beizubehalten. Es ist ja schon symptomatisch, daß Strauß von der Gründung einer deutschen Volkspartei sprach als quasi bundesweiten Annex der CSU. Deutsche Volkspartei wohlgerne, nicht christlich-deutsche Volkspartei. In dieser Nomenklatur steckt eine gewisse innere politische Logik. Eine solche Partei könnte über Bayern hinaus primär in Norddeutschland und dort vor allem nur in säkularisierten protestantischen Wählerschichten Fuß fassen. Das hätte natürlich auch Rückwirkungen auf Bayern. Diese Schwesterpartei der CSU in Bayern, eine deutsche Volkspartei in Norddeutschland, würde eine gewisse Eigendynamik auch in programmatischer und in personeller Hinsicht entfalten. Angesichts der engen politischen Verzahnung mit der CSU müßte das auch Rückwirkungen auf das Selbstverständnis der CSU als Partei haben. Deshalb glaube ich, daß eine Trennung der CSU von der CDU auf die Dauer nicht nur von einer Schwächung der CSU in den fränkischen und schwäbischen Gebieten Bayerns begleitet sein würde, sondern auch in den stark kirchlich gebundenen altbayerischen Gebieten für die CSU schwierige Probleme mit sich brächte. Wenn man die Wählerlandschaft in der Bundesrepublik betrachtet, finden sich gerade in Altbayern noch am ehesten starke Wählergruppen, bei deren Entscheidung für die CSU bisher das „C“ eine fundamentale, wenn nicht sogar ausschlaggebende Rolle spielt ...

HK: Aber in den gleichen Schichten spielt das konservative Element eine ebenso starke Rolle, wobei das Konservative das „C“ überdeckt und mit der Zunahme der Entfernung vom Ursprung auch ersetzt ...

Oberndörfer: Das ist eine Möglichkeit; nur glaube ich, daß ich selbst aus Bayern komme und in Altbayern aufgewachsen bin, daß – um es jetzt überspitzt zu formulieren – eine Ehe von deutschnationalen mit christlich-katholischen altbayerischen Wählern eine Ehe fast gegen die Natur, also etwas Widernatürliches ist.

HK: Sie meinen, eine solche Ehe würde über die Person Franz Josef Strauß und dessen enge Bewunderer nicht weit hinausreichen ...

Oberndörfer: Das ist nicht ausgeschlossen, sofern eine solche Ehe tatsächlich angestrebt würde.